Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 654. **Sonntag** den 24. December 1899. **93. Jahrgang.**

Aus der Woche.

Im Frieden, durch inneren Streit nicht tiefer als gewöhnlich zerklüftet und begünstigt durch blühenden Handel und Wandel, feiert Deutschland, feiert unser Festland das Weihnachtsfest. Aber die Weiten des Erdballs sind durch den Verkehr zu sehr verkürzt, unsere Gefühle sind zu lebhaft betheiligt an den Kämpfen in dem fernen Südafrika, als daß wir, uns an dem Nächstliegenden genügen lassend, rufen möchten: Friede auf Erden. Ein hartes, in seinem Ausgang und seinen Folgen unabsehbares Ringen tränkt die Erde mit Blut, ein wackerer, kerniger Bruderstamm kämpft um sein Dasein; wo heute in Boerenhäusern Weihnachtskerzen brennen sollten, da leuchten sie keinem Manne, keinem Jüngling, keinem rüstigen Greis und selbst nur einer stark gelichteten Knabenschaar. Alles, was die Flinte führen kann, weilt fern von Haus und Herd, um Haus und Herd zu schützen. Aber auch in England weinen Zehntausende von verlassenen Wittwen, Gattinnen und Schwestern, und es ist vielleicht keine schlechte Weihnachtsregung, des beiden kämpfenden Völkern gemeinsamen menschlichen Leides gemeinsam zu gedenken. Leicht fällt diese gleiche Vertheilung selbst an diesem höchsten Feste der Menschheit und Menschlichkeit nicht. Die Breiten haben durch Ueberhebung, Herrschsucht, Habgier und, was am unverzeihlichsten ist, durch eine das Rechtsgefühl tief beleidigende Heuchelei die Völker der Erde in gerechten Zorn versetzt. Aber es soll ihnen heute zu Gute gerechnet werden, daß die Sonne des Glückes ihnen so lange und immer nur leicht verschleiert gelächelt hat, daß bei der Schwäche der menschlichen Natur Blendung und Verblendung kaum ausbleiben konnten. Und besteht die Masse der Kämpfer, die die nur für Vaterland und Freiheit streitenden Boeren bedrängen, aus Söldnern, so soll diese Einrichtung unser Mitgefühl für die Leidenden und ihre Angehörigen nicht verkümmern und es mag auch nicht vergessen werden, daß uneigennützige Vaterlandsliebe Hunderte von englischen Jünglingen und Männern, denen die Heimath keinen Wunsch versagt, auf die Kampfplätze gezogen und daß Söldnerfamilien vor hochgestellten Müttern an Trauer um gefallene Theure nichts voraus haben.

Für die Nachsicht gegen Nichtgeliebte, die dies Fest predigt, wäre auch in der deutschen Politik breite Bethätigungsgelegenheit. Man hat aber in der Weihnachtswoche nichts davon verspürt; der Streit blieb heftig und ist durch die Friedensworte des Fürsten Hohenlohe nur noch verschärft worden. Daß er zu irgend welchen Entscheidungen oder auch nur Klärungen führen möge, bleibt ein Festeswunsch, denn nach den seit des Fürsten Bismarck Rücktritte vom Amte unausgesetzt gemachten Erfahrungen wahrscheinlich die Erfüllung versagt bleibt. Wenn in der neueren deutschen Politik wirklich einmal eine Krisis ein glattes Ende findet, so ist es nur, um allsogleich einer neuen Platz zu machen. Die Ursache liegt in der absoluten Principienlosigkeit dieser Politik — als Ganzes genommen; einzelnen Staatsmännern darf systematisches Wollen nicht abgesprochen werden. Welches die Ursachen der Ursache sind, darüber streiten sich die Zeitgenossen und werden sich vielleicht auch die künftigen Geschichtschreiber lange Zeit nicht einigen können. Auf Eines wird immer und immer wieder hingewiesen: auf Hofschranzen, und gerade heute finden wir in einer wohlunterrichteten und sehr vorsichtig geschriebenen nationalen Zeitungscorrespondenz eine Erwähnung der „plauderhaften und lästernden Gesellschaft, die in gewissen Hofkreisen ihren Mittelpunct hat und deswegen viel häufiger das Ohr des Kaisers finden kann, als selbst der verantwortliche Rathgeber."

Wir müssen es dahingestellt sein lassen, ob jene Gesellschaft, über deren Beschaffenheit und Beruf zur Beeinflussung der Geschicke von 53 Millionen Menschen eine Hof- und Proceßgeschichte grelles Licht verbreitet hat, gerade an dem gegenwärtigen Wirrwarr in hervorragendem Maße betheiligt sei. Nicht verkennen läßt sich, daß der Adel, insoweit er parlamentarisch und publicistisch sich bethätigt, die größten Anstrengungen macht, durch Einwirkung auf die höchste Stelle die Lage zu seinen Gunsten zu wenden. Und seltsam, gerade wegen der Maßregelung von zum größten Theile dem Adel angehörigen Beamten und wegen der Verweisung von Canalgegnern vom Hofe hofft man hier auf Erfolg. Die Rolle der vielleicht nicht ganz fehllosen, aber darum doch allzu schwer gekränkten Getreuen, der allein Getreuen, wird nicht ohne Geschick gespielt; eine gewisse, mit Raffinement betriebene Angstzungspolitik ist nur die andere Seite jenes Verhaltens. Auf die bei der Generalversammlung der ostpreußischen Conservativen gehaltene, an anderer Stelle im Auszug mitgetheilte Rede des Landraths a. D. v. Klitzing sei als auf das neueste und keineswegs zu verachtende Beispiel solcher Mischung von Drohungen und Ergebenheitsbetheuerungen hingewiesen. Noch viel mehr zu bereuen aber hat die letzte Reichstagsrede des Herrn v. Kröcher. Den Beweis dafür, daß man sich von ihr sehr viel, wenn nicht Alles verspricht, liefern die von der Hofgesellschaft am meisten gelesenen Zeitungen dadurch, daß sie immer wieder auf die Rede, auf die Empfehlung irgend eines „starken" Mannes, der ja kein großer Staatsmann zu sein brauchte, aber „Nerven bis zum Aeußersten" haben müßte, zurückkommen. Der Gedanke wird aufs Breiteste ausgesponnen und unverkennbar nur in voam regis. Daß Herr v. Kröcher einen solchen Mann in petto habe, bezweifeln wir nicht, insoweit die negative Eigenschaft der staatsmännischen non-valeur in Betracht kommt. Was die „Nerven" angeht, so kann man sich darunter Verschiedenes denken, denn Herr v. Kröcher selbst denkt über „Nerven" zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden. Er hat — es ist noch gar nicht lange her — im preußischen Abgeordnetenhause in einer zur Entschuldigung der Conservativen gehaltenen Rede die „Starknervigkeit" einer gewissen Persönlichkeit als Milderungsgrund für ein unbegreifliches Verhalten angeführt. Diese Rede auszugraben, dürfte vielleicht bald eine zeitgemäße Aufgabe sein.

Hat man noch oben Hoffnung, so flößt neuerdings die bisher conservative Wählerschaft ernstestes Besorgniße ein. Die „Kreuzzeitung" beginnt soeben eine Artikelserie, die mit einem Bündnißantrag an das Centrum enden zu wollen scheint. Vorläufig verräth sich Furcht vor Neuwahlen zum Abgeordnetenhause und als Anführer der Anhänger wird deutlich Herr v. Miquel bezeichnet. Das Blatt schreibt, nachdem es über die Zurückpositionsstellung der Beamten gesprochen und sie, sowie den etwaigen Plan einer Wiederanstellung als „psychologisch recht schwach begründete" Taktik beurtheilt hat:

„Nur an einem Puncte konnte man, bald auch immer klarer hervortretend, die Hand des einzig geschickten Taktikers im Ministerium deutlich erkennen. Der Gedanke war wirklich des Vaters würdig: wenn mit dem Mittellandcanal gleichzeitig allen Provinzen das gewährt wird, was sie an Verkehrswegen und Schutz ihrer Gefilde gegen das Wasser seit langen Jahren vergeblich erbeten haben, dann werden ihre Vertreter schwerlich diese Wünsche zugleich mit dem Canal vereiteln. Und thun sie es, nun dann könnten die in ihren wirthschaftlichen Erwartungen getäuschten Wähler dem Abgeordnetenhause nach der Auflösung ein ganz verändertes Aussehen geben. Fast scheint es, als ob hier und da diese Taktik bereits zu wirken beginne."

Wirkt diese Taktik in der That und hat man vor der Entscheidung über die Canalvorlage nicht oben einen vollständigen Sieg errungen, dann wird den preußischen Conservativen die einzige Stelle, wo sie sich oppositionell in die Waagschale zu werfen vermögen, das — Herrenhaus sein. Vorher schon müssen sie ihr Urtheil über Herrn von Miquel's Gefühle für ihre Partei endgiltig festlegen, denn in den angeführten Sätzen figurirt zur Abwechselung wieder einmal dieser Mann, nicht Fürst Hohenlohe, als Feuerwehr. Es soll ja demnächst ein conservativer Delegiertentag stattfinden.

Bei der Gelegenheit könnte man vielleicht auch erfahren, ob die „deutsch-conservative" Gesammtpartei die Agitation, die ihre den Bund der Landwirthe leitenden Mitglieder gegen die Flotte betreiben, weiter zu dulden und sodann den Socialdemokraten und den Demokraten Auftrauungen zu erleichtern gedenkt. Diese mit offenem Visir kämpfenden Partei thun der Marinesache viel geringeren Abbruch, als ein unausgesetzte, verschleiert und doch durchsichtig Flottenverstärkung und Existenzfähigkeit der Landwirthschaft als einander ausschließende Dinge hinstellende Bundesagitation, die natürlich auch ihre Genugthuung über die Marineabsage des Herrn Sammla nicht ganz verbergen kann. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß dieser Abgeordnete sich stets nur als Pole gefühlt hat und vor Jahren nur deshalb ins Centrum eintrat, weil in seiner oberschlesischen Heimath die polnische Bewegung damals mit der ultramontanen zusammenfiel. Das einmüthige Eintreten des Centrums für eine Flottenvorlage wird übrigens von Niemand erwartet und ist auch nicht nöthig. Die Hauptsache bleibt, daß falsche Freunde der Seewehr rechtzeitig als solche entlarvt werden und die Thätigkeit des Flottenvereins in die richtige Bahn, vor der sie jetzt steht, auch wirklich einlenkt. Daß Frhr. v. Zedlitz Herrn Schweinburg nachfolgte, ist erfreulich; die Begründung für seinen Austritt, die jener Herr sich erlaubte, beweist aber neben — der Unbefangenheit des gewesenen beamteten Mitarbeiters der „Post", daß die bisherige Leitung des Flottenvereins die Marine-Angelegenheit in der That als eine Sache des Stumm-Krupp'schen Conventikels mit der einzigen Einschränkung aufgefaßt hat, daß dem Volke gnädigst gestattet sein sollte, die Kosten der Schiffe zu bestreiten und seine Söhne zur Bemannung herzugeben. Daß gerade das Volk zur Mitarbeit an den Aufgaben des Vereins herangezogen werden müsse, wurde bei der Begründung der Leipziger Ortsgruppe besonders betont und berücksichtigt. Wird die Thätigkeit dieser Gruppe vorbildlich für den Gesammtverein, so werden ihre Erfolge auch diesem nicht fehlen.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 23. December. (Prosper Prinz von Arenberg.) Die entsetzliche That, deren man den Prinzen Prosper von Arenberg beschuldigt, wird natürlich in den Kreisen, denen der Prinz angehörte, um so lebhafter besprochen, je mehr er als ein ruhiger, besonnener Officier bekannt und geschätzt war. Prinz Carl Prosper, zu Héverlé am 12. März 1875 geboren, wurde am 9. September 1896 Leutnant im 4. Garde-Regiment in Münster. Er ist ein Vetter des bekannten clerikalen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Prinzen Franz von Arenberg, und als er am 1. October 1898 in die Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika eintrat, wurde dies in colonialen Kreisen lebhaft begrüßt, weil man annahm, Prinz Franz, der bekanntlich ein warmer Vertreter der colonialen Bestrebungen ist, habe sein coloniales Interesse auch auf seine Verwandten übertragen und werde mit diesen und durch sie noch eifriger als bisher die colonialen Angelegenheiten fördern. Auch seinetwegen beklagt man das angebliche Vorkommniß und giebt sich der Hoffnung hin, die Untersuchung werde die Schuld des Prinzen Prosper wenigstens in milderem Lichte erscheinen lassen, als die bis jetzt vorliegenden Berichte, denen die zahlreichen Freunde des Beschuldigten den Glauben versagen. Daß diese Berichte von colonialfeindlicher Seite als absolut zuverläßig hingestellt und ausgebeutet werden, kann ebensowenig überraschen, wie der von derselben Seite ausgehende Versuch, für die That eines Einzelnen ein ganzes System verantwortlich zu machen. Wie die Dinge auch liegen mögen, jedenfalls beweist das amtliche Vorgehen gegen Dr. Peters, daß unsere maßgebenden Kreise schonungslos gegen alle Beamten vorgehen, die dem deutschen Namen in den Colonien Unehre gemacht haben.

+ **Berlin**, 23. December. (Ein Plebiscit für die Proceßagenten.) Wir hatten vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die allezeit rührige Socialdemokratie sich auch der Proceßagenten zu bemächtigen bemüht sei und daß damit der Versuch der Regierung, die Proceßagenten gewissermaßen zu legitimen Mitgliedern der Justiz zu machen, übel gelohnt werde. Wir werden nun von einem Organe der Proceßagenten mit einer wahren Fluth von Beschimpfungen überschüttet. Wir achten es selbstverständlich als unter unserer Würde, auf diese Schimpfereien im ähnlichen Tone einzugehen, und wollen uns nur der Mühe unterziehen, in sachlicher Weise die Behauptung klarzustellen, daß die Regierung einen großen Mißgriff begangen habe, als sie die Zulassung der Rechtsconsulenten von der Bedürfnißfrage abhängig machte. Es heißt in dem Blatte: „Die Bedürfnißfrage liegt nicht in der Masse der Anwälte, sondern im Volke." Es mag sein, daß, wenn man bei den unteren Schichten des Volkes ein Plebiscit anstellen wollte, dieses für die Rechtsconsulenten günstig ausfallen würde. Man kann oft die Beobachtung machen, daß Angehörige der weniger gebildeten Stände eine gewisse Scheu tragen, mit einem Manne zu verhandeln, der ihnen an Bildung und gesellschaftlicher Stellung weit überlegen ist, während sie viel lieber mit dem Rechtsconsulenten verkehren, mit dem sie in der Kneipe einen Proceß erörtern können. Der Anwalt ist ihnen oft darum unbequem, weil er mehr als einmal, nachdem er die Ausführungen dessen, der ihm ein Mandat anvertrauen will, angehört hat, sagen muß: „Lieber Mann, diesen Proceß wollen wir lieber nicht führen, denn wir müßten ihn verlieren." Viel bequemer ist solchen Leuten der Proceßagent, der ihnen gern zum Munde redet und sie glauben läßt, der Proceß werde sicherlich gewonnen werden. Wird der Proceß dann verloren, so ist natürlich nicht der tüchtige Proceßagent daran schuld, sondern der Richter ist ein Dummkopf. Diese Zustände sind natürlich der Regierung wohl bekannt, und deshalb drückt die Bestimmung, daß die Proceßagenten nur im Bedürfnißfalle, d. h. da, wo keine Anwälte vorhanden sind, zugelassen werden sollen, mit gutem Fug die Auffassung aus, daß die Proceßagenten nur als ein nothwendiges Uebel angesehen werden sollen. Man will sie eben nur dort haben, wo mangels der Anwesenheit eines Anwalts die minder gebildete Bevölkerung sonst völlig ohne Rath sein würde. Es ist aber schlechterdings nicht abzusehen, warum in Bezirken, in denen eine genügende Anzahl von Anwälten vorhanden ist, Proceßagenten geduldet werden sollten. Es wäre das ebenso, als wenn der Staat dulden wollte, daß jeder beliebige Mensch als Lehrer auftritt und die Kinder der ordentlichen Schule entzieht. Die Justiz ist ebenso wichtig, wie die Schule, und deshalb muß verlangt werden, daß nach Möglichkeit diejenigen, die in ihrem Dienste wirken — und das thun die Anwälte, wenn sie auch nicht Beamte sind —, sowohl das volle Maß der beruflichen Kenntnisse besitzen, wie durch ihre Stellung eine Garantie für ihre sittlichen Qualitäten geben.

* **Berlin**, 23. December. Einen Rück- und Ausblick auf deutsches Fernsprechwesen veröffentlicht die „D. Verkehrszeitung":

Darnach waren Ende 1881 7 Stadt-Fernsprecheinrichtungen mit 1504 Sprechstellen im Betriebe. Wenn die für das Etatsjahr 1899 angesetzten Anlagen zur Ausführung gelangt sein werden, wird die Zahl der Stadt-Fernsprecheinrichtungen in Deutschland ohne Bayern und Württemberg 1040 betragen, die dem Verkehr von rund 194 800 Sprechstellen dienen werden, d. h. Deutschland wird alsdann mehr Fernsprechstellen besitzen als die übrigen Staaten Europas Ende 1897 zusammengenommen. Die von den deutschen Sprechstellen im Jahre 1899 geführten Gespräche können, wenn auch statistische Angaben noch nicht vorliegen, auf 700 Millionen geschätzt werden, ein Beweis für die rege Thätigkeit aller Kreise, die einer Erläuterung nicht bedarf. Mit der bescheidenen Zahl von 33 Theilnehmern trat die Stadt-Fernsprecheinrichtung in Berlin ins Leben. Heute besitzt Berlin die größte Fernsprecheinrichtung der Welt, die nach Fertigstellung der bereits angemeldeten Anschlüsse rund 46 770 Sprechstellen umfassen wird. Die Höhe dieser Zahl wird uns erst klar, wenn wir feststellen, daß sie die Gesammtzahl der Ende 1897 in ganz Frankreich oder in Oesterreich-Ungarn oder in Dänemark, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg zusammen vorhanden gewesenen Theilnehmer übersteigt. Acht Bezirks-Fernsprecheinrichtungen vermitteln den Verkehr in dem oberschlesischen, dem niederrheinisch-westfälischen und dem bergischen Industriebezirk, in den preußischen und sächsischen Oberlausitz, in den Kreisen Halberstadt, Oschersleben und Wernigerode, im Hirschberger Thal, in Frankfurt (Main) und Umgegend und im Lugau-Oelsnitzer Kohlenbezirk. 17 688 Sprechstellen betheiligten sich Ende 1898 an diesem Verkehr. Für den Verkehr auf dem flachen Lande wurden in den Jahren 1898 und 1899 11 150 öffentliche Fernsprechstellen eingerichtet, welche die Verbindung mit den Kreisstädten, den Provinzialhauptstädten und mit den Verkehrsmittelpuncten herzustellen bestimmt sind. Der lebhafte Verkehr, den Deutschland mit seinen Nachbarstaaten unterhält, machte bald die Herstellung von Fernsprechverbindungen über die Grenzen des deutschen Reichs hinaus nothwendig. Zu Beginn des Jahres 1895 bestanden noch außerdeutschen Ländern allerdings erst 5 Fernsprechleitungen: Berlin—Wien, Großschönau (Sachsen)—Warnsdorf (Böhmen), Zittau—Grotta—Kratzau—Reichenberg (Böhmen), Konstanz—Kreuzlingen und Mülhausen (Elsaß)—St. Ludwig—Basel; heute vermitteln aufgedehnte Fernsprechverbindungen mit Belgien, Dänemark, den Niederlanden, der Schweiz und Ungarn einen von Tag zu Tag steigenden Verkehr. Vor Kurzem ist eine unmittelbare Verbindung von Berlin nach Kopenhagen in Betrieb genommen worden, die unter Mitbenutzung von zwei Adern des 52 Kilometer langen Unterlee-Telegraphenkabels Warnemünde—Gjedser gefühlt ist und den Beweis liefert, daß auch auf langen Kabeln ein Fernsprechbetrieb mit guter Sprechverständigung sehr wohl erreicht werden kann. Bei Beginn des 20. Jahrhunderts wird der Fernsprechverkehr mit Frankreich eröffnet werden. Vier Leitungen sind gleichzeitig im Bau begriffen: Berlin—Paris, Frankfurt (Main)—Paris, Mülhausen (Elsaß)—Belfort und Metz—Nancy, deren Herstellung Beweis ablegt von dem friedlichen Wettstreit und den lebhaften Geschäftsverbindungen und Verkehrsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Das Jahr 1899 schließt ab mit einer wichtigen Neuerung im Fernsprechbetrieb, mit der Einführung von Fernsprechstellen mit selbstthätiger Einschaltung (Fernsprech-Automaten.) In Berlin sind zunächst 100 derartige Apparate als öffentliche Fernsprechstellen bei Verkehrsanstalten und Privaten aufgestellt worden. Die Apparate erfreuen sich einer wachsenden Beliebtheit bei dem Publicum und liefern in Folge ihrer regen Benutzung so ausreichende Erträge, daß ihre weitere Verwendung auch in anderen Städten nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

⊙ **Berlin**, 23. December. (Telegramm.) Der Kaiser empfing gestern den schwedisch-norwegischen Gesandten von Lagerheim in Abschiedsaudienz. Zur Frühstückstafel war der Staatssekretär Graf von Bülow geladen. Später empfing der Kaiser den Herzog von Sachsen-Altenburg und erledigte im Laufe des Nachmittags Regierungsgeschäfte. — Heute Vormittag hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Generalstabes von Schlieffen. — Die Enthüllung der von Cuno von Uechtritz geschaffenen Denkmalsgruppe des Kurfürsten Georg Wilhelm mit den Büsten Conrads von Burgsdorf und des Grafen Adam von Schwarzenberg verlief, wie folgt: Erschienen waren die Minister Graf von Bülow, Dr. von Miquel, Studt und Freiherr von Rheinbaben, Bürgermeister Kirschner, Polizeipräsident von Windheim, Geh. Ober-Regierungsrath Kayser, Geh. Baurath Spitta, Gartendirector Geitner, Professor R. Begas, Bildhauer Carnevale, der die Marmorarbeiten der Gruppe ausführte, ferner der österreichisch-ungarische Legationsrath Prinz Carl von Schwarzenberg und fünf Herren der Familie von Burgsdorf, active, resp. Reserve-Officiere. Der Kaiser, der vom Neuen Palais herübergekommen war, traf im geschlossenen Wagen ein, mit ihm Ober-Hofmarschall Graf Eulenburg, Generaladjutant von Plessen, der Geheime Cabinetsrath Dr. von Lucanus, Vice-Admiral von Senden und die Flügel-Adjutanten Corvetten-Capitän Grumme, Oberst von Mackensen und Major von Böhn. Nachdem die Hülle gefallen, besichtigte der Kaiser eingehend das Denkmal, indem er den Künstler und die Mitglieder der Familien Schwarzenberg und Burgsdorf ins Gespräch zog. Längere Zeit und sehr huldvoll sprach der Kaiser u. A. sodann auch mit Herrn Kirschner, dem er dessen (von uns schon gemeldete) Bestätigung als Oberbürgermeister von Berlin mittheilte. Oberbürgermeister Kirschner empfing sogleich die Glückwünsche der anwesenden Herren. Verliehen wurde Herrn v. Uechtritz der Titel Professor und Herrn v. Spitta der Titel Geheimer Oberbaurath. Auch diese Auszeichnungen theilte der Kaiser den Betreffenden selbst mit. 12¼ Uhr verließ der Kaiser den Denkmalsplatz.

⊙ **Berlin**, 23. December. (Telegramm.) Entgegen der von der „Kölnischen Volkszeitung" geäußerten Annahme erklärt die „Berliner Correspondenz", daß die Gemeindewahlreformvorlage dem preußischen Landtage in der nächsten Session bestimmt zugehen werde.

⊙ **Berlin**, 23. December. (Telegramm.) An die Stelle des in das Auswärtige Amt berufenen bisherigen Ersten Sekretärs bei der Botschaft in Wien Prinzen v. Lichnowsky tritt der derzeitige Erste Sekretär bei der Botschaft in London Graf Pückler, der durch Legationsrath Freiherrn v. Eckardstein ersetzt wird. Der frühere Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Bern Legationsrath Trentler, der als Hilfsarbeiter in das Auswärtige Amt berufen worden ist, erhält seinen Nachfolger in dem Freiherrn v. Bodmann, bisherigem zweiten Sekretär bei der Botschaft in Konstantinopel. In des Letzteren Stelle rückt der Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Peking Dr. v. Prittwitz und Gaffron, dessen bisheriger Posten dem Legationssekretär bei der Gesandtschaft in Stockholm v. Below-Saleske übertragen wird. Die „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht außerdem eine Reihe weiterer Renirements bei den Sekretärsstellen, Botschaften und Gesandtschaften.

⊙ **Berlin**, 23. December. (Telegramm.) Die Bestätigung der Wahl des Landraths z. D. Kersten-Schlochau zum ersten Bürgermeister der Stadt Thorn ist nunmehr erfolgt.

* **Königsberg**, 22. December. Die diesjährige Generalversammlung des ostpreußischen conservativen Vereins, die vorgestern hier stattfand, wurde ausgefüllt durch zwei Vorträge, deren ersten das conservative Herrenhausmitglied Graf v. Mirbach über das neue Münzgesetz und deren zweiten der Landrath a. D. v. Klitzing über das Thema: „Die conservative Partei in der verflossenen Session" hielt. Der Redner beklagte sich in diesem charakteristischen Vortrage über das Verhalten der Regierung gegen die conservative Partei. Ein bitteres Gefühl erwecke es in der Partei, daß man ihr seitens der Regierung das Recht der Meinung nur dann zugestehen wolle, wenn die Meinung zustimmend, oder sie unartigen Kindern gleich Strafe, wenn die Partei nach schweren Selbstprüfungen einmal gegen die Regierungsvorlage stimme. Wie oft müsse man wünschen, der alte Kanzler lebte noch, er würde den Gegnern ein „quos ego!" zurufen. Schmerzlich enttäuscht worden sei die conservative Partei durch das Fleischschaugesetz. Tief zu beklagen sei, daß die Arbeitswilligenvorlage trotz aller Bemühungen der conservativen Partei nicht Gesetz geworden sei. Redner besprach dann die Ablehnung der Canalvorlage durch die conservative Majorität. Bezüglich des Mittellandcanals gebe es kein rechts oder links, sondern nur die Gruppe der Ruhr-Kohlen-Interessenten auf der einen Seite, die übrigen deutschen Staatsbürger auf der anderen Seite. Der ganze Kampf der Liberalen habe sich gar nicht um den Mittelland-Canal gedreht; dem strijnackigen alten preußischen Beamten, der noch eine Meinung habe, dem kleinen Adel, der lieber hungere als sich verkaufe, habe der Kampf gegolten.

⊙ **Darmstadt**, 23. December. (Telegramm.) Der Großherzog und die Großherzogin empfingen gestern den Commandeur des 18. Armeecorps v. Lindequist, der später zur Frühstückstafel gezogen wurde.

⊙ **Stuttgart**, 23. December. (Telegramm.) Die Kammer der Standesherren wählte den Fürsten Löwenstein-Freudenberg zum Vicepräsidenten. — Beide Kammern haben sich auf unbestimmte Zeit vertagt.

SLUB
Wir führen Wissen.